

Sonderschulen: Schmied fasst "inklusive Regionen" ins Auge

Schüler mit Behinderung. Schritt für Schritt könnten in Modellregionen bestehende Sonderschulen zu inklusiven Bildungseinrichtungen weiterentwickelt werden. Das stellt ein Arbeitspapier des Unterrichtsministeriums zur Debatte. Vertreter von Behindertenorganisationen sind erfreut.

[WIEN/APA] Bis zuletzt haben Bund und Länder trotz Kritik von ÖVP und Grünen-Mandataren sowie Interessenvertretungen an der Sonderschule festgehalten ("Die Presse" berichtete). Nun könnte der Wind doch drehen: In einem neuen Arbeitspapier des Unterrichtsministeriums zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist von sogenannten "inklusive Regionen" als "Ausgangspunkt für die flächendeckende Weiterentwicklung des inklusiven Schulsystems" die Rede.

Konkret könnten sich diese etwa an die Tiroler Region Außerfern anlehnen: Dort gibt es seit zehn Jahren keine Sonderschulen mehr. Ein Sonderpädagogisches Zentrum (SPZ) koordiniert und organisiert dort die Ressourcen und betreut die Pädagogen. "Der international favorisierte Ansatz geht genau in diese Richtung", sagt die Tiroler Sozialwissenschaftlerin Petra Flieger. "Weg von der Etikettierung des einzelnen Kindes, hin zu der Verteilung der Ressourcen an Schulen und Regionen."

Die Ressourcen könnten dadurch direkt dorthin verlagert werden, wo Kinder Unterstützung benötigen. Im Außerfern sei auch der Anteil an Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf relativ gering, sagt Flieger -weil hier eben keine Zweigleisigkeit möglich sei und keine Sonderschule versorgt werden müsse.

Das Ministeriumspapier, das Ende Jänner beim dritten runden Tisch zum Thema Sonderschulen verteilt wurde, sieht "regionale Aktionspläne" vor. Diese sollen von einem Konsortium erstellt werden, das die Länder in Absprache mit dem Bund beauftragen. So sollten

in den Modellregionen unter anderem "Sonderschulen schrittweise zu inklusiven

Bildungseinrichtungen geöffnet werden". Regionale Inklusionszentren sollen bedarfsgerechte und frühzeitige Betreuung gewährleisten. Bis zum Jahr 2020 soll schließlich österreichweit "eine Aufnahme von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung in Sondereinrichtungen nicht mehr erforderlich sein", heißt es in dem Konzept.

"Steht definitiv zur Debatte"

Für Silvia Weißenberg von der Lebenshilfe "klingt das schon sehr gut", ihr fehlt jedoch der "Gesamtverantwortliche". Man werde nicht umhinkommen, Bund-Länder-Vereinbarungen abzuschließen, um Verbindlichkeit zu schaffen. Fix ist allerdings noch nichts: Aus dem Büro von SPÖ-Unterrichtsministerin Claudia Schmied heißt es, dass man noch im "laufenden Prozess" und in Gesprächen sei. Die Modellregionen stünden aber definitiv zur Debatte.

Laut Albert Brandstätter, Bundesgeschäftsführer der Lebenshilfe, ist es das Wichtigste, bei der Abschaffung der Sonderschulen "achtsam" vorzugehen. Eine sechsjährige Umstellzeit hält er für optimal-Schulleiter, Lehrer, Schüler und Eltern müssten eingebunden werden. Denn: Eine gänzliche Systemveränderung schreckt viele ab. Das zeigt ein Beispiel in Kärnten: Nachdem Eltern gegen die Dezentralisierung eines Sonderpädagogischen Zentrums in Klagenfurt protestiert haben ("Die Presse" berichtete), kündigt der Kärntner Sozialreferent Christian Ragger (FPK) nun eine "behutsame" Systemänderung "in einem Mehrjahresprogramm" an.

Bis zum Jahr 2014 will Kärnten aber "als erstes Bundesland das System der Ausgrenzung von behinderten Kindern beenden und sie voll in Regelschulen integrieren", so Ragger. Dafür

werde in jeder Bezirksstadt ein "wohnnaher Betreuung" an Regelschulen
Inklusionszentrum eingerichtet, das die koordiniert.

Auf einen Blick

Sonderschüler. Seit 1993 können Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf (SPF) zwischen Sonderschule und Integrationsklasse wählen. 2010 besuchte fast die Hälfte der 28.468 Schüler mit SPF eine Sonderschule. Mit 28,5 Prozent sind Migrationskinder in dem Schultyp überrepräsentiert.